

Ohne Zertifikat wird das Arbeitsleben kompliziert

Google prescht vor und will für all seine Büros die Impfpflicht einführen - weltweit. Doch in der Schweiz geht das nicht: Kein Unternehmen darf einen generellen Impfwang erlassen. Der Arbeitgeberverband erhöht aber den Druck, dass Firmen – wie Bars oder Kinos – das Covid-Zertifikat einsetzen können, wenn sie es möchten.

Florence Vuichard, Christian Berzins

Google und Facebook machen ernst: Ihre Mitarbeitenden müssen sich vor der Rückkehr ins Büro impfen lassen. Das neue Konzernregime gilt vorerst für die USA, soll dann aber im Fall von Google auch auf andere Regionen ausgeweitet werden, wie Konzernchef Sundar Pichai festhält. «Ob und wie die Regelung auch in der Schweiz gelten wird, steht aktuell noch nicht fest», heisst es beim hiesigen Ableger des Techkonzerns.

Doch eines steht schon heute fest: Eine generelle Impfpflicht für die ganze Belegschaft eines Betriebes ist hierzulande nicht zulässig, wie es Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) heisst. Arbeitgeber können eine Impfung nur im Einzelfall diktieren, und das auch nur wenn trotz allen ergriffenen Schutzmassnahmen eine «konkrete verhältnismässig hohe Gefährdung vorliegt» – für den nicht geimpften Mitarbeiter selbst aber auch für Dritte, etwa für Arbeitskolleginnen, Kunden oder Patientinnen. Das trifft für die luftige Büro-Arbeitsplatzwelt von Google definitiv nicht zu.

Fragen nach Zertifikat: Für Schweizer Arbeitgeber verboten

Abstandsregime, Trennwänden, Desinfektionsmittel, Maskenpflicht: Das Arsenal an Schutzmassnahmen, welche die Arbeitgeber im Büro zur Einhaltung ihrer Fürsorgepflicht gegenüber Arbeitnehmenden ergreifen können, ist breit. Die Möglichkeit die Mitarbeitende nach einem Covid-Zertifikat zu fragen, ge-

schweige denn, dieses als obligatorisch zu erklären, ist in der Schweiz nicht erlaubt. Der Bundesrat hat den Arbeitsplatz explizit in den «grünen Bereich» eingeteilt, also in jenen «Bereich des alltäglichen Lebens», wo der Einsatz des Zertifikats nicht vorgesehen ist.

Ganz zum Ärger der Wirtschaft: «In den USA dürfen wir die Mitarbeiter fragen, ob sie geimpft sind, in der Schweiz nicht», beklagte sich jüngst Roche-Chef Severin Schwan. «Ich würde es begrüßen, wenn wir wüssten, wer geimpft ist.» Damit spricht er nicht wenigen, auch kleineren Unternehmen aus dem Herzen. Sie möchten mehr Freiheiten für ihre Angestellten, weniger Auflagen und mehr Planungssicherheit. Der Arbeitgeberverband macht Druck - und fordert, dass «die Diskussion um die Hochstufung des Arbeitsplatzes in den «orange-

827 neue Coronafälle verzeichnete das Bundesamt für Gesundheit am Mittwoch.

24 Menschen mussten sich in Spitalpflege begeben, zwei Menschen starben.

4,4 Prozent der Kapazitäten auf Schweizer Intensivstationen nehmen derzeit Covid-19-Patienten in Anspruch.

Bereich» jetzt geführt wird». Damit würde der Arbeitsplatz in dieselbe Kategorie kommen wie etwa Bars, Restaurants oder Kinos. Denn hier kann das Zertifikat eingesetzt werden, etwa um von Auflagen wie der Maskenpflicht befreit zu werden. Dazu müsste aber der Artikel 25 der Covid-Verordnung, der die Präventionsmassnahmen am Arbeitsplatz regelt, entsprechend ergänzt werden. Arbeitgeber dürfen hingegen heute schon Mitarbeitende von bestimmten Auflagen befreien, wenn diese sich freiwillig als geimpft, genesen oder getestet ausweisen. «Die betriebliche Praxis zeigt, dass dies Arbeitnehmer zunehmend von sich aus tun, um zum Beispiel auf das Maskentragen verzichten zu können», sagt Arbeitgeber-Präsident Valentin Vogt. Auch der Bioethiker Christoph Rehmann-Sutter empfiehlt den Firmen, die Angestellten zu motivieren, ihren Impfstatus freiwillig offen zu legen (vgl. Interview unten).

Fussballspieler müssen neu ein Covid-Zertifikat vorlegen

Die arbeitsweltliche Realität ist komplexer und vielschichtiger als die juristischen Paragraphen. In vielen Firmen wissen Teams voneinander, wer geimpft ist und wer nicht, waren doch die Impfterminsuche und die Nebenwirkungen Dauerthema in den Kaffeepausen. Mobbingvorfälle gegen Ungeimpfte werden rapportiert, Gewerbebetriebe berichten von Kunden, die nur noch geimpfte Handwerker im Haus wollen. Und wiederum andere, wissen gar nicht mehr, wie es weitergehen soll

ohne Zertifikatspflicht. Etwa im Fussball: So schreibt die Swiss Football League (SFL) neu vor, dass ab dem 4. August die Spieler, Trainer sowie der Staff der Super- und Challenge-League-Clubs über ein gültiges Covid-Zertifikat verfügen müssen. Und zwar durchgehend. Das heisst: «Die nicht geimpften oder genesenen Spieler und Trainer müssen sich alle zwei Tage neu testen lassen», sagt SFL-Sprecher David Barras.

Ein Riesenaufwand für Clubs mit tiefen Impfquoten. Ein Problem, das der BSC Young Boys nicht hat: «Wir sind meines Wissens bisher der einzige Club der Super und Challenge League bei dem alle Spieler und der gesamte Staff geimpft sind», sagt YB-Sprecher Albert Staudenmann. «Wir sind sehr froh darüber und auch stolz.» YB habe keinen Druck ausgeübt, aber eine Impfung empfohlen und an die Solidarität aller appelliert. Auch mit dem Club.

Auch in der Kultur mehren sich die Stimmen, die mit dem heutigen arbeitsrechtlichen Covid-Regime nicht zufrieden sind. «Ohne Impfpflicht für Orchester und Chor wird es sehr problematisch bis unmöglich, grosse Oper aufzuführen», sagt Aviel Cahn, Operndirektor beim Grand Théâtre in Genf. Halb ists Drohung, noch mehr aber ist es ein Bitten und Ermahnen.

Ob beim Grosskonzern, dem Familienbetrieb, im Sport, der Kultur oder im Spital: Das Arbeitsleben aller wird in naher Zukunft ohne Zertifikat komplizierter werden. «Die Realität wird die Theorie überholen», sagt deshalb auch Arbeitgeber-Präsident Vogt.



«Ungeimpfte sollten freiwillig auf einen Restaurantbesuch verzichten»

Der Bioethiker Christoph Rehmann-Sutter fordert eine Zertifikatspflicht für Restaurantbesuche. Grundsätzlich sollten alle Angestellten offenlegen,

Darf man Unwillige zur Impfung zwingen?

Christoph Rehmann-Sutter: Impfen ist vernünftig und solidarisch. Es gibt aus meiner Sicht heute keinen vernünftigen Grund, sich nicht impfen zu lassen, ausser man hat eine Allergie oder Unverträglichkeit. Das betrifft nur sehr wenige Menschen. Es gibt aber einen wichtigen Unterschied zwischen staatlich verordnetem Zwang und selbst eingesehener Verantwortung. Sich impfen zu lassen, ist aus der freien Verantwortung für andere und für sich selbst heraus gedacht eine solidarische Pflicht. Gerade deshalb würde ich von Zwangsmassnahmen abraten.

Warum?

Ein Impfwang wäre kontraproduktiv. Durch Drohung mit Strafen kann man kein Vertrauen herstellen. Das Missstrauen in Behörden und in die Wissenschaften ist aber heute einer der wichtigsten Gründe, weshalb viele zögern, sich impfen zu lassen. Besser sind deshalb positive Anreize, damit man sich impfen lässt.

Ein Anreiz könnte sein, dass man nur noch mit einem Zertifikat in ein Restaurant kommt. Eine gute Idee?

Ja, das finde ich absolut vernünftig. Aus medizinischer Sicht, weil die Wahrscheinlichkeit für eine Ansteckung in einem Restaurant massiv sinkt, wenn sich da nur geimpfte, getestete oder genesene Personen aufhalten. Moralisch gesehen ist es unsere Pflicht, uns so zu verhalten, dass wir niemandem bewusst Schaden zufügen oder in Kauf nehmen, dass wir jemandem schaden. Wer aber ungeimpft in ein Restaurant geht, tut dies nicht. Ungeimpfte müssten deshalb freiwillig auf einen Restaurant- oder Clubbesuch verzichten – oder sich zumindest zeitnah vorher testen lassen.

Dennoch drückt sich die Politik davor, eine Zertifikatspflicht zu verhängen.

Es ist sicher legitim, die Freiheit der Menschen ein wenig einzuschränken, von ihnen eben eine Impfung oder einen Test zu verlangen, um einen Lockdown und damit eine viel grössere Freiheitseinschränkung zu vermeiden.

Ausserdem schafft ein Zertifikat einen Anreiz, sich impfen zu lassen.

Sollte man die Tests für Ungeimpfte kostenpflichtig machen, um einen weiteren Anreiz zu schaffen?

Das ist gar keine gute Idee. Denn dann würden die Tests eher umgangen, was wir alle nicht wollen können.



In Frankreich gibt es eine Impfpflicht für das Gesundheitspersonal. Ist das aus ethischer Sicht vertretbar?

Ein Spital soll ja für Kranke ein möglichst sicherer Ort sein. Wenn das Personal dort aber nicht geimpft ist, werden Patientinnen und Patienten einem Risiko ausgesetzt. Und die Impfpflicht

schützt das Gesundheitspersonal selbst. Es gibt sicher gute Gründe, mit den Berufsverbänden über eine Impfpflicht für Ärzte und Pflegenden zu verhandeln.

Sollen Arbeitgeber wissen, welche ihrer Mitarbeiter nicht geimpft sind, um andere Angestellte besser schützen zu können?

Das ist eine komplexe Frage. Es hätte den Vorteil, dass man dann durch eine Umorganisation in den Arbeitsabläufen die Risikogruppe und auch Menschen, die sich nicht impfen lassen wollen oder dies wegen Allergien nicht können, besser schützen kann. Gesundheitsdaten sind aber – und das ist wichtig – persönlich und unterliegen dem Patientengeheimnis. Man könnte aber Angestellte einladen, freiwillig offenzulegen, dass sie geimpft sind. Zum Beispiel mit einem Sticker. Wer es nicht möchte, würde so behandelt, wie wenn er oder sie nicht geimpft wäre.

Der Bioethiker

Christoph Rehmann-Sutter ist Professor für Theorie und Ethik der Biowissenschaften an der Universität zu Lübeck. Der 61-Jährige hatte Gastprofessuren am King's College London und an der London School of Economics. Ausserdem lehrt er an der Universität Basel. Der Schweizer Molekularbiologe und Philosoph war von 2001 bis 2008 Präsident der Nationalen Ethikkommission im Bereich Humanmedizin. (ras)

So entsteht ein starker indirekter Druck.

Google führt eine Impfpflicht ein.



Impfen und Testen sind überall ein Thema: In den Büros von Google, auf dem Rasen bei YB, in den Spitälern und im Orchestergraben im Grand Théâtre in Genf.

Bilder: AP, Keystone, Grand Théâtre de Genève

Bei YB sind alle durchgeimpft.



Umstrittene Testpflicht in den Spitälern.



Das Theater in Genf würde gerne durchimpfen.

Kantone wollen lieber impfen als testen

Der Bund will für das ungeimpfte Pflegepersonal eine Testpflicht – wie in Zürich.

ob sie geimpft sind oder nicht.

Ich glaube, das wäre eher gesunder Pragmatismus und ein Füreinander-Sorge-Tragen.

Ein Vorschlag aus der Politik lautet: Erkrankt jemand an Corona, der eine Impfung abgelehnt hat, soll die Krankenkasse nicht für die Behandlung aufkommen müssen. Was sagt der Ethiker dazu?

Ein klares Nein. Mit demselben Argument wollte man auch schon Raucher oder Kletterlustige dazu bringen, mehr für die Krankenkasse zu zahlen. Die Grundversicherung basiert aber auf dem Solidaritätsprinzip. Alle zahlen gleich viel, allen wird in der Grundversorgung geholfen, egal, ob sie einen Anteil eigener Schuld für ihre Krankheiten tragen. Weicht man von diesem Grundsatz ab, kommt man in Teufels Küche.

Darf man die Prämien erhöhen, wenn sich jemand nicht impfen lässt?

Nein, auch damit würde man vom Solidaritätsgedanken abweichen. Das wäre folgenschwer. Mit demselben Argument

müssten auch Menschen, die einen stressigen Job haben, dann mehr bezahlen, da sie ein höheres Risiko für ein Burn-out haben.

In England sollen die Menschen bereits im Herbst eine dritte Booster-Impfung erhalten. Ist das moralisch gerechtfertigt, wenn andere Länder noch kaum mit der ersten Impfung begonnen haben?

Es ist eine moralische Pflicht der reicheren Länder, die eklatante globale Ungerechtigkeit in der Versorgung mit Impfungen zu beseitigen. Es gibt aber nicht einen einzigen Topf mit einer fixen Menge an Impfstoff, den man global verteilen muss. Man kann die Produktion weiter erhöhen, in den Ländern neue Kapazitäten schaffen. Dass in vielen Ländern noch kaum mit Impfen begonnen wurde, hat mit strukturellen Problemen zu tun. Deswegen auf eine dritte Impfdosis zu verzichten und damit den Impfschutz hier zu gefährden, hilft niemandem.

Interview: Raffael Schuppisser

Der Bund hat neue Empfehlungen an die Kantone gemacht. Für ungeimpftes Gesundheitsfachpersonal soll es künftig eine Testpflicht geben, um zu verhindern, dass das Virus in die Einrichtungen gelangt. Ungeimpftes Pflegepersonal ist Gegenstand kontroverser Diskussionen. So fordert Mitte-Ständerätin Andrea Gmür für diese Berufsgruppe ein Impfblogatorium. GLP-Präsident Jürg Grossen will die Ungeimpften mit einem Impf-Sticker erkennbar machen. Der Bund wählt mit der Testpflicht für ungeimpftes Pflegepersonal ein sanfteres Mittel zum Schutz von vulnerablen Personen. Für Roswitha Koch, vom Schweizerischen Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner, macht eine Testpflicht Sinn, um die Patienten maximal zu schützen. Es dürfe aber nicht sein, dass damit der Impfdruck auf das Pflegepersonal erhöht werde.

Eine Testpflicht in Heimen und Spitälern ist nicht neu. Obligatorisch testen lassen muss sich das Personal in Zürcher Heimen und Spitälern. In vielen

anderen Kantonen wird das Gesundheitspersonal ebenfalls getestet, allerdings ohne Anweisung der Behörden. Im Kanton Thurgau etwa engagieren sich 63 Prozent der Pflegeheime mit 79 Prozent der Pflegeheimplätze beim freiwilligen Testen für Mitarbeiter.

Empfehlung oder Zwang? Das ist die Frage

Offen ist also die Frage, ob es überhaupt ein Obligatorium braucht. Uri und Solothurn etwa haben eine Testempfehlung an die Gesundheitsinstitutionen erlassen. Die Kantone klären derzeit ab, wie sie auf die Empfehlung des Bundes reagieren wollen. Sie kam offenbar überraschend.

«Das Testen ist zwar nur eine Übergangslösung aber wir fordern diese dringlich, um möglichst Covid-freie Zonen zu schaffen», sagt Gundekar Giebel, Sprecher der Berner Gesundheitsdirektion. Der Schlüssel sei aber das Impfen: «Wir fordern die Heime regelmässig auf, ihr Personal für das Impfen zu sensibilisieren». Auch Basel-

Stadt arbeitet daraufhin, Ungeimpfte für die Impfung zu gewinnen. Denn die Nutzen-Risiko-Analyse spreche ganz klar für die Impfung. Ungeimpftes Personal solle sich regelmässig testen lassen können. Der Kanton sieht dabei aber die Arbeitgeber in der Pflicht. Die Behörden in Obwalden schliesslich halten mehr davon, auf das Impfangebot für noch nicht geimpfte Personen im Gesundheitswesen aufmerksam zu machen als den Druck auf einzelne Mitarbeiter zu erhöhen.

Darauf setzt das jurassische Kantonsspital. Ungeimpfte Angestellte bekommen nur noch 80 Prozent des Lohnes, wenn sie in die Quarantäne müssen. Das Spital begründet die Massnahme damit, dass nur 50 Prozent des Personals geimpft seien. Roswitha Koch hält davon nichts. Entscheidend sei eine gute Kommunikation, dass man die Ängste der Pflegenden ernst nehme und gut informiere. Dass dies funktioniert, zeigten die Solothurner Spitälern. Dort haben sich über 80 Prozent des Pflegepersonals impfen lassen. (dk)